

Ihr/e Gesprächspartner/in: Marc Knülle

Verteiler: Vorsitzende(r), I, III, IV, BRB,

Federführung:

Termin f. Stellungnahme:

erledigt am:

Antrag

Datum: 05.11.2012

Drucksachen-Nr.: 12/0384

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Behandlung
Haupt- und Finanzausschuss	21.11.2012	öffentlich / Entscheidung

Betreff

Erschließung des Plangebietes am Verkehrslandeplatz

Beschlussvorschlag:

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt die Planungen und damit in Zusammenhang stehende Kosten verursachende Untersuchungen seitens der Verwaltung und externer Gutachter, im Hinblick auf die äußere Erschließung des Verkehrslandeplatz Hangelar bis auf die Variante 0 und 1 zurückzustellen.

Die Verwaltung wird in ihrem Vorgehen, die hintere Richthofenstraße in Zusammenarbeit mit der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BIMA) auszubauen (Variante 0) bestärkt und aufgefordert die notwendigen Schritte zur Umsetzung der Variante 1 (Anschluss an die Bundesgrenzschutzstraße) zu prüfen und auf den Weg zu bringen.

Begründung:

Der Haupt- und Finanzausschuss kann alle Angelegenheiten von Gremien der Stadt an sich ziehen, insbesondere dann, wenn es Angelegenheiten sind mit finanziellen Auswirkungen.

Im Rahmenplanungsbeirat „Verkehrslandeplatz Hangelar“ wurde seitens der Verwaltung die

Varianten zur äußeren Erschließung des Plangebietes Verkehrslandeplatz Hangelar vorgestellt.

Wie schon im Planungsbeirat geäußert, sieht die SPD-Fraktion die Notwendigkeit erst einmal zu beraten, wie sich der Landeplatz und die umliegenden Flächen zukünftig entwickeln sollen, bevor über neue äußere Erschließungen konkrete Planungen kostenintensiv erstellt werden.

Im Übrigen ziehen, außer Variante 0 und 1, neue Belastungen für die Hangelarer Bevölkerung nach sich, die unserer Auffassung nach nicht hinnehmbar wären. Die Variante 4 würde sogar das Naherholungsgebiet von vielen Anwohnern einschneidend negativ verändern.

Da keinerlei Zeitdruck besteht und erst einmal über die Zukunft des Landeplatzes abschließend beraten werden muss, sind konkrete Planungen zu neuen äußeren Erschließungen nicht zweckmäßig und würden nur unnötige Kosten verursachen.

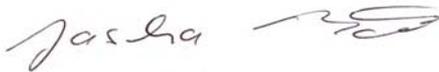
Des Weiteren Varianten zu planen und untersuchen, die im politischen Raum nicht mehrheitsfähig sein dürften, kostenintensiv zu verfolgen, macht ebenfalls keinen Sinn.



Andreas Netteshheim



Marc Knülle



Sascha Bäsch